



Antrag

Fraktion AfD

Wirtschaftliche und finanziell gescheiterte Corona-Lockdown-Politik unverzüglich beenden - Rückkehr zur Normalität sofort einleiten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag spricht sich dafür aus,

1. angesichts der wirtschaftlichen und finanziell unvertretbar hohen Schäden weiterer Lockdowns, sämtliche mit den Corona-Maßnahmen in Verbindung stehenden Wirtschaftsbeschränkungen aufzuheben und dadurch die sofortige Öffnung aller Wirtschaftsbereiche ohne Einschränkungen zu ermöglichen;
2. jeder weiteren Lockdown-Verlängerung eine klare Absage zu erteilen und zum Normalzustand in der Wirtschaft zurückzukehren.

Begründung

Knapp ein Jahr nach Beginn der Corona-Maßnahmen der Bundes- und Landesregierung kommen die dadurch angerichteten Schäden immer mehr zum Tragen. Der „Sicherheitsreport 2021“ des Meinungsforschungsinstituts Allensbach zeigt, dass die Angst vor den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise bei der Bevölkerung an die erste Stelle vor Krieg, Terror und Altersarmut gerückt ist.

Trotz sinkender positiver PCR-Testergebnisse und ausreichenden Krankenhauskapazitäten wurde der Lockdown von der Kanzlerin und den Ministerpräsidenten erneut verlängert. Der ohnehin nicht aussagefähige und politisch bestimmte Inzidenzwert als Lockerungskriterium wurde weiter willkürlich reduziert, um den Zeitpunkt der Rückkehr zur Normalität in weite Ferne zu rücken.

Seit dem Frühjahr 2020 befindet sich Deutschland nun in einer Art Dauer-Lockdown mit unterschiedlichen Einschränkungsgraden. Die Bundes- als auch die Landesregierung haben zu keinem Zeitpunkt die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und finanziel-

(Ausgegeben am 15.02.2021)

len Auswirkungen in einer Kosten-Nutzen-Analyse des jeweiligen Lockdowns vorgelegt. Auch auf wiederholte Aufforderungen hin wurden keine evidenzgestützten Gutachten, Studien etc. vorgelegt, die die Wirksamkeit einzelner Maßnahmen belegen. Dagegen gibt es allerdings Untersuchungen, wie die aktuelle Studie der Stanford-University vom Januar 2021, welche zum Ergebnis kommen, dass von den Lockdown-Eindämmungsmaßnahmen kein relevanter Zusatznutzen ausgeht.

Mit ihren Corona-Maßnahmen schädigen die Bundes- und Landesregierung fortlaufend die Wirtschaft und verursachen Wohlstandsverluste von historischem Ausmaß. Mit der Feststellung der „epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ am 25. März 2020 nutzte die Bundesregierung die im Grundgesetz für Katastrophenfälle vorgesehenen Sonderregelungen zur Umgehung der Schuldenbremse. Der am selben Tag verabschiedete Nachtragshaushalt sah eine Neuverschuldung i. H. v. 156 Milliarden Euro vor. Auch die Kenia-Koalition in Sachsen-Anhalt nutzte unverzüglich die Gunst der Stunde zum weiteren Schuldenmachen.

Das „European Institute for International Economic Relations“ (EI-IW) an der Universität von Wuppertal kommt in einer aktuellen Publikation zum Ergebnis, dass ein Lockdown die teuerste aller Pandemiebekämpfungsmaßnahmen für eine Volkswirtschaft darstellt, wobei die wirtschaftlichen und finanziellen Schäden mit dem Einschränkungsgang des Lockdowns korrespondieren.

Ausgehend vom Einbruch der Wirtschaftsleistung im II. Quartal 2020 werden die Kosten des Frühjahrs-Lockdowns auf 86 Milliarden Euro geschätzt, was 2,8 Milliarden Euro pro Tag entspricht. Für den Herbst-Lockdown 2020 schätzen die Wissenschaftler die Kosten für den Teillockdown auf 1 Milliarde Euro pro Tag und 2 Milliarden Euro für den vollen Lockdown.

Wie hoch die wahren Lockdown-Kosten insgesamt tatsächlich sind, lässt sich aus heutiger Sicht nicht endgültig beziffern, da die langfristigen Folgeschäden, wie beispielsweise das Anwachsen der Langzeitarbeitslosigkeit, heute noch gar nicht absehbar sind.

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) vermeldete im Januar 2021 2,9 Millionen Arbeitslose, was einem Anstieg von 20 Prozent seit Januar 2020 entspricht. Die Zahl der auf Grundsicherung angewiesenen Selbstständigen lag bereits im vergangenen September um 12 Prozent über dem Vorjahresmonat.

Als Reaktion auf den Herbst-Lockdown 2020 meldeten Betriebe in Deutschland vorsorglich für 1,3 Millionen Beschäftigte Kurzarbeit an. Im Januar 2021 befanden sich 7,8 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Kurzarbeit, während es im Dezember 2020 noch 6,6 Prozent waren. Es ist davon auszugehen, dass die Wahrscheinlichkeit für die Rückkehr aus der Kurzarbeit in die alten Vollzeitstellen mit jedem weiteren Lockdown-Tag sinkt. Nach Mitteilung des ifo Instituts gaben 15 Prozent aller befragten Unternehmen innerhalb einer Erhebung im November an, dass die Lockdown-Beschränkungen für sie existenzbedrohend seien.

Laut Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier seien bisher 75 Milliarden Euro Wirtschaftshilfen an Unternehmen und 20 Milliarden Euro für das Kurzarbeitergeld ausbezahlt worden.

Zudem wächst stetig die Gefahr einer Insolvenzwelle nach Wegfall der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht. Von Januar bis November 2020 haben trotz Lockdown 15,9 Prozent weniger Unternehmen Insolvenzen angemeldet als im Vorjahreszeitraum, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Fachleute rechnen mit einer Insolvenzwelle vor allem bei Selbstständigen sowie kleinen und mittleren Unternehmen.

Zu den vom Herbst-Lockdown besonders betroffenen Branchen gehören der Einzelhandel, Gaststätten, Hotels, die Tourismus- und Veranstaltungsbranche, der Sport- und Kulturbereich sowie körpernahe Dienstleistungen.

Eine aktuelle Konjunkturumfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) unter bundesweit 30.000 Unternehmen ergab, dass ein Drittel der Reisevermittler, rund 40 Prozent der Gastronomie und des Einzelhandels damit rechnet, dass ihre Umsätze im laufenden Jahr noch einmal niedriger ausfallen werden als 2020. 94 Prozent der Reisevermittler beurteilen ihre aktuelle Situation als schlecht, 31 Prozent sehen sich von einer Insolvenz bedroht. Der Handelsverband Deutschland (HDE) schätzt die Kosten für jeden einzelnen durch den Lockdown verlorenen Verkaufstag auf 700 Millionen Euro und spricht von einer dramatischen Lage der Einzelhändler. Der Einzelhandelsumsatz ist von November auf Dezember um 9,6 Prozent gesunken.

Die Lockdown-Politik der Bundes- und Landesregierung ist in weiten Teilen widersprüchlich, epidemiologisch wirkungslos und bestraft einseitig den Mittelstand, der in Deutschland 71 Prozent der Arbeitsplätze stellt. Die Lockdown-Politik bevorteilt die Großkonzerne und fördert Konzentrationsprozesse, während der Mittelstand nachhaltig beeinträchtigt wird. Die Corona-Beschränkungen bewirken faktisch Berufsverbote und als solche eine Verlagerung in die Schattenwirtschaft, die im vergangenen Jahr 10 Prozent zulegen.

Auswirkungen auf der EU-Ebene

Die EU-Kommission nutzte wie die Bundesregierung die Corona-Pandemie als Vorwand zur Kreditaufnahme und zur Etablierung einer vertragswidrigen Schulden- und Transferunion. Mit dem sogenannten EU-Wiederaufbaufonds werden 750 Milliarden Euro nach willkürlichen Kriterien ohne sachlichen Grund an EU-Länder verteilt. 90 Prozent der 750 Milliarden Euro fließen direkt in die Haushalte der südlichen EU-Länder.

Durch die Neuverschuldung erreichen einige EU-Südländer Staatsschuldenquoten, die in einer neuen Eurokrise münden werden, sollte es nicht gelingen, das Wirtschaftswachstum im Euroraum in kurzer Zeit wieder anzukurbeln.

Schon allein deshalb muss die gleichgeschaltete Lockdown-Politik vieler EU-Länder unverzüglich beendet werden und Deutschland muss als größtes EU-Land den Impuls zur wirtschaftlichen Erholung geben.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitzender